

TOP:

Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER

Lfd.Nr. 226/2013 KT

Antrag zur Kreistagssitzung

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER betreffend "Auswirkungen des geplanten Hessischen Kinderförderungsgesetzes (KiFöG) auf die Kinderbetreuung im Landkreis"

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, über die möglichen Auswirkungen des von der Landesregierung geplanten KiföG aufzuklären. Dabei sollte u.a. auf folgende Aspekte eingegangen werden:

- Gruppengrößen: Veränderung der Gruppengrößen und Bedeutung der Veränderungen für den Fachkraftschlüssel pro Kind und die Landesförderung vor Ort.
- Sicherstellung der Aufsichtspflicht bei nicht vollbelegten Gruppen
- Einsatz von fachfremden Personal in Kitas - Qualifikationsvoraussetzungen und Kontrolle
- Fachkräftegewinnung
- Förderung vor allem des Landes von Kindern mit Behinderung in den Einrichtungen (Inklusion)
- Veränderungen bei der finanziellen Förderung von Einrichtungen und Auswirkungen auf Träger differenziert nach Größe der Einrichtung
- Zusätzliche Pauschale für Einrichtungen, welche die Grundsätze und Prinzipien des Bildungs- und Erziehungsplans zur Grundlage ihrer pädagogischen Arbeit machen.
- Zusätzliche Pauschale für Einrichtungen mit besonderem Förderbedarf (entsprechend dem Anteil an Kindern, in deren Familien vorwiegend nicht deutsch gesprochen wird oder für die der Kreis einen besonderen Förderbedarf festgestellt hat).
- Flexibilität für die Träger von Einrichtungen
- Pflicht der Träger zur Reduzierung ihrer Betreuungsstandards
- Berücksichtigung von Abwesenheitszeiten durch Krankheit, Urlaub und Fortbildung auf den Betreuungsschlüssel.
- Stichtagsregelung
- Rolle der Aufsicht und daraus folgender Personalaufwand im Fachbereich Familie, Jugend und Soziales
- Tagespflege: Veränderungen der Landesförderung für Tagespflegepersonen und deren Anrechenbarkeit auf die Förderung des Kreises sowie Veränderungen bei der künftigen Qualifizierung und deren Finanzierung.
- Finanzielle Auswirkungen auf die Städte und Gemeinden

- Finanzielle Auswirkungen auf Ebene des Landkreises
- Finanzielle Auswirkungen auf Ebene des Landes

Begründung:

Über das von der Landesregierung geplante neue KiföG gibt es derzeit vielfältige Diskussionen. Die Informationslage über das Gesetz und dessen Auswirkungen ist unübersichtlich. Daher sollte der Kreisausschuss zur Aufklärung beitragen.

gez.

Werner Wassmuth
CDU-Fraktion

gez.

Sandra Laaz
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

gez.

Jürgen Reitz
Fraktion Freie Wähler